Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2007-11-27

Dezernat/ Amt: I / Hauptverwaltungsamt
Bearbeiter: Frau Eberst
Telefon: 545 - 1213

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01862/2007

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss

Betreff

Gemeinschaftsprojekt des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern und der Landeshauptstadt Schwerin zur Optimierung der Betreuung (§§ 1896 f BGB)

Beschlussvorschlag

Der Hauptausschuss beschließt die Durchführung des Gemeinschaftsprojektes mit dem Justizministerium zur Optimierung der Betreuung von Volljährigen (§§ 1896 f BGB) und der damit verbundenen kostenneutralen externen Einstellung einer Fachkraft für die Laufzeit des Projektes (2008/2009).

Begründung

Sachverhalt / Problem

Im Rahmen eines Forschungsvorhabens sollen die finanziellen, organisatorischen und sozialen Auswirkungen des vom Justizministerium finanzierten, zusätzlichen Einsatzes einer in der Sozialberatung und im Betreuungswesen erfahrenen Personalkraft bei der Betreuungsbehörde der Landeshauptstadt Schwerin untersucht werden.

Die Landesjustizverwaltungen aller Bundesländer bemühen sich seit Jahren darum, die Kostensteigerungen im Bereich der rechtlichen Betreuung Erwachsener einzudämmen. Mit dem 1992 in Kraft getretenen Betreuungsgesetz wurde das Rechtsinstitut der rechtlichen Betreuung an die Stelle von Entmündigung, Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige gesetzt. Nach dem Willen des Gesetzgebers war damit ein besserer Rechtsschutz wie auch eine größere Stärkung der Selbständigkeit betreuter Menschen beabsichtigt. Der Betreute hat die Kosten der rechtlichen Betreuung selbst zu tragen; soweit der Betreute mittellos ist, übernimmt der Staat die Zahlungsvergütung.

Nach der Reform ist die Zahl der Betreuungsfälle im Land Mecklenburg-Vorpommern stark gestiegen. Auch die Einführung einer Pauschalvergütung im Jahr 2005 für berufliche Betreuer hat aufgrund weiterhin steigender Fallzahlen die kontinuierliche Zunahme der Kosten in der Tendenz nicht aufhalten können.

Zu den hohen Fallzahlen trägt maßgeblich bei, dass nicht selten berufliche Betreuer bestellt werden, obgleich alternative Hilfen möglich wären. Wesentliche Ursachen dafür sind strukturelle Schwächen des Betreuungsverfahrens die bedingen, dass Zuständigkeiten und Sachkompetenz der öffentlichen Aufgabenträger auseinander fallen.

Während die Entscheidung nebst Kostenverantwortung bei den Gerichten liegt, sind es die kommunalen Betreuungsbehörden die über die erforderlichen Fachkenntnisse verfügen, um aus den vorhandenen Hilfsangeboten die passende Lösung für den Betroffenen auszuwählen. Gleichwohl weist das Gesetz den Betreuungsbehörden bislang nur eine begleitende Rolle im Verfahren zu.

Mit dem Projekt soll auf der kommunalen Ebene die Aufgabenwahrnehmung durch personelle Aufstockung verbessert und zugleich durch finanzielle Anreize die Ausgabenverantwortung verstärkt werden.

Erwartet wird davon ein effizienteres und kostenbewussteres Verwaltungshandeln, das sich unmittelbar in Minderausgaben der öffentlichen Hand für die Vergütung der beruflichen Betreuer und medizinischen Sachverständigenkosten niederschlägt.

Die Ergebnisse des Projekts sollen durch eine Begleitforschung (Evaluation) unterlegt werden. Diese wissenschaftlich fundierte Evaluation soll Qualitätsgesichtspunkte im Interesse des betroffenen Personenkreises aufzeigen und zudem Erkenntnisse über strukturelle Zusammenhänge zwischen Verfahrensgestaltung und Kostenentwicklung eröffnen.

Zur Umsetzung des Projekts werden der Betreuungsbehörde Schwerin aus Landesmitteln Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt. Die Landeshauptstadt erhält für die Jahre 2008 / 2009 Projektfördermittel zur Finanzierung einer Personalstelle sowie eine anteilige Sachkostenpauschale. Im Doppelhaushalt des Landes werden dafür voraussichtlich Projektfördermittel von jährlich 55.200 € bereitgestellt.

Am Ende des Projektes soll durch die wissenschaftliche Begleitung gutachterlich u.a. belegt werden, ob und inwieweit sich die aus den Projektkosten zusammensetzende „Investition“ bereits innerhalb des Projektzeitraumes „amortisiert“ hat. Ggf. erwirtschaftete Minderausgaben sollen dann zwischen der Stadt und dem Land verteilt werden.

Die für das Gemeinschaftsprojekt einzustellende Fachkraft ist sozialpädagogisch befähigt und mit der Betreuungsthematik vertraut.

Ihr Arbeitsfeld wird u.a. in der Realisierung der vorgeschlagenen Interventionen, Unterstützung der Strukturanalyse und in der Dokumentation des Verfahrens und der Ergebnisse liegen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Es liegt keine finanzielle Mehrbelastung im Personalkostenbereich vor, da die Personalkosten drittfinanziert sind. Es erfolgt eine Beteiligung des Landes an den Sachkosten.

Deckungsvorschlag

vollständige Drittfinanzierung über Landesmittel

Anlagen:

keine

gez. Dr. Wolfram Friedersdorff
Beigeordneter

gez. Norbert Claussen
Oberbürgermeister